

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktions- u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungshilfe Nr. 3101

Inhalt:

Rückblicke auf das Jahr 1907. III. Unsere Organisation. — Der Vortrag der christlichen Arbeitersekretäre im bayerischen Landtage. Wie sieht es mit den Arbeiterausschüssen, Lohnzulagen und dem Neunstundentag in hamburgischen Staatsbetrieben? — Unsere Lohnbewegung in Traunstein. — Intimes aus der Berliner Desinfektionsanstalt I. — Der Ortsverein Berliner Straßenreiniger. — Charlottenburger Jahresbericht. — Brief aus Heilbronn. — Aus der Praxis für Arbeiterversicherung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung — Rundschau. — Internationale Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Quittung der Hauptkasse. — Anzeigen.

Rückblicke auf das Jahr 1907.

III. Unsere Organisation.

Wollen wir die Entwicklung unserer Organisation im verfloßenen Jahr klar erkennen, so werden einige Zahlenvergleiche angebracht sein, die wir aufmerksamsten Studiums empfehlen.

Das 4. Quartal 1907 ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Außerdem fallen auf dieses Quartal erstmalig die sich durch Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung ergebenden veränderten Zahlen. Wir müssen also eine Parallele des 3. Quartals 1906 mit dem 3. Quartal 1907 ziehen, wenn wir ein klares Bild gewinnen wollen.

Da ist vor allem die erfreuliche Verbreitung unseres Verbandsgebietes zu verzeichnen. Im 3. Quartal 1906 hatten wir 68 Filialen, während das 3. Quartal 1907 bereits 93 Filialen aufweist. In der Tat müssen wir alles daran setzen, um auch in den Mittel- und kleineren Städten festen Boden zu fassen. Wenn wir es wohl kaum einmal dahin bringen dürften, ähnlich den Bauarbeitern usw. 4 500 Filialen aufzuweisen, so sind doch gegenwärtig recht ansehnliche Städte noch außer Bereich unserer Agitation. Wir nennen aufs Geratewohl nur Aachen, Pochum, Braunschweig, Dessau, Duisburg, Hensburg, Gelsenkirchen, Garburg, Mey, München Gladbach, Esnabrück, Posen, Ulm u. a. m. Hier muß baldmöglichst eingelegt werden.

Fast noch wichtiger erscheint die Befestigung unserer Position in den großen Städten. Dort verbleibt noch ein ungeheures Feld zu beackern. Während manche Betriebe in den größeren Filialen bis zu 90 Proz. organisiert sind, haben wir vielfach Kategorien, die noch gar nicht in Angriff genommen, oder wo doch nur einzelne wenige gewonnen werden konnten. Durch planmäßige Bearbeitung müssen wir diesem Uebelstande beizukommen suchen.

Eine recht bedenkliche Erscheinung ist auch die noch immer vorhandene ungeheure Fluktuation. Wohl ist ein Teil unserer Mitglieder durch Arbeitswechsel usw. gezwungen, uns den Rücken zu kehren. In Berlin z. B. weist die Betriebskrankenkasse eine zirka 50prozentige Fluktuation auf. Ein untrüglicher Beweis für den ungeheuren Arbeiterwechsel in

den städtischen Betrieben Berlins. Aber wenn wir auf der anderen Seite in der Metropole Jahr für Jahr zirka 3000 Mitglieder aufnehmen, und nur wenige Hundert Zuwachs haben, so ist dieser Zustand alles andere wie ideal, und es muß mit allen Mitteln versucht werden, Wandel zu schaffen.

Die gleiche Erscheinung trifft natürlich für viele andere Filialen zu und bedarf der ernstesten Beachtung.

Erfreulicher ist die Entwicklung der Finanzen unseres Verbandes. In den Filialen befand sich am 3. Quartal 1906 ein Bestand von 45 710,81 Mk., der im 3. Quartal 1907 auf 67 493,98 Mk. stieg. Sinegen sind die Extrasteuern der Filialen im gleichen Zeitraum von 10 903,95 Mk. auf 16 969,55 Mk. gefallen, weil infolge der höheren Verbandsbeiträge in manchen Filialen der Ortszuschlag aufgehoben oder doch ermäßigt wurde. Immerhin ist die Unterstützung aus lokalen Mitteln noch um einiges gestiegen, nämlich von 5381,20 Mk. auf 6843,98 Mk. Jedensfalls stiegen die Gesamteinnahmen der Filialen von 119 419,95 Mark auf 177 275,44 Mk., inklusive dem vorhandenen Stammesbestand. Man kann also von einer gesunden Finanzbasis der Filialen sprechen. Wir setzen zum Vergleich auch einige Ziffern der Hauptkasse hierher, doch ist dabei zu bedenken, daß infolge der am 1. Oktober 1907 eingeführten Erwerbslosen-Unterstützung dieses Zahlenbild sich mittlerweile wesentlich zugunsten der Hauptkasse verschoben hat. Die Einnahme des Verbandsvorstandes betrug im 3. Quartal 1906 inklusive Stammesbestand: 50 621,51 Mk., im 3. Quartal 1907: 139 893,43 Mark, die Ausgaben stiegen im gleichen Zeitraum von 35 253,07 Mk. auf 49 236,28 Mk. Mitbin verblieben in der Hauptkasse am 1. Oktober 1906: 53 001,35 Mk., während am 1. Oktober 1907: 164 173,21 Mk. vorhanden waren.

Die Mitgliederzahl stieg von 22 558 im 3. Quartal 1906 auf 24 832 im 3. Quartal 1907 und dürfte gegenwärtig die 26 000 voll erreicht haben. Außerdem ist der Prozentfuß der vollzahlenden Mitglieder fortgesetzt gestiegen.

Mit den Gesamtergebnissen, die sich in diesen Zahlen widerspiegeln, können wir also wohl zufrieden sein.

Unsere Agitation hat im verfloßenen Jahr besonders durch die Errichtung neuer Gaubureaus in Königswald i. Br., Hannover, Frankfurt a. M. und Magdeburg wesentliche Stützpunkte erfahren. Dazu sind neue Ortsbureaus in München und Stuttgart geschaffen und die schon vorhandenen in Berlin und Hamburg erweitert worden. Im Elsaß wurde das Gaubureau von Stolmar nach Straßburg verlegt und in Nürnberg, unserem Schmerzenskind, durch Einsetzung eines Gauleiters dem Treiben Hassels ein Paroli geboten.

Ein reges Versammlungsleben entwickelte sich in fast allen Filialen, wie auch die diesjährigen Berichte in der „Gewerkschaft“ zeigen. Immerhin wird noch manches an unserer Agitationsmethode zu bessern sein. Eine gründ-

liche gewerkschaftliche Durchbildung aller Mitglieder muß erzielt werden. In den größeren Filialen sollten, wo irgend angängig, die Vertrauensleute durch Unterrichtskurse systematisch geschult werden.

Durch die seitens des Hauptverbandes im letzten Jahr beschlossene Erweiterung der „Gewerkschaft“ war es nicht nur möglich, den Wünschen der erheblich gesteigerten Mitarbeiterzahl besser nachzukommen, sondern die Redaktion konnte auch mehr aufklärende und belehrende Artikel bringen, wie überhaupt der Ausbau unserer Presse von allen Mitgliedern nach Kräften unterstützt werden sollte. Ist sie doch eines der wichtigsten Agitationsmittel. Durch rege Mitarbeit und eifriges Lesen werden unsere Kollegen mit uns auch ferner vermehrte Freude haben an unserer Presse. Die Auflage der „Gewerkschaft“ beträgt gegenwärtig 31.000. Von der Mai-Agitationsnummer wurden 3500 gedruckt und verbreitet, während unsere Dezember-Agitationsnummer in 46000 Auflage erschien und bis auf einen kleinen Rest gleichfalls verteilt worden ist. Die „Zanitätskarte“ hat gegenwärtig 3700 Auflage. Sie ist im Vergleich zu den sonstigen zahlreichen Fachblättern für den Pfliegerberuf jedenfalls eines der am weitesten verbreiteten Plätter und hat durch rege Mitarbeit einer Anzahl Kollegen gleichfalls eine wesentliche Bereicherung erfahren.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Aufmerksamkeit aller Kollegen auf das von einzelnen Filialen mit gutem Erfolg geführte System der Hausagitation lenken. Gerade in denjenigen Betrieben, wo wir schwer einsetzen können, wird die Verbreitung unserer Zeitung in den Wohnungen der unorganisierten Kollegen in Verbindung mit mündlicher Agitation seine Wirkung nicht verfehlen. Es sollten also in dieser Richtung weitere Versuche gemacht werden, die zwar recht mühevoll, aber auch erfolgversprechend sind.

Neben den staatlichen Salinenarbeitern, die schon seit Langem in unseren Reihen stehen, haben wir im letzten Jahr noch eine weitere Gruppe von Staatsarbeitern, die **Walдарbeiter**, für unsere Organisation gewonnen, deren wir gegenwärtig zirka 500 zählen. Ob die seitens der Zentralvorstände beschlossene Gründung einer speziellen „Land- und Waldarbeiterorganisation“ größere Früchte zu schlagen vermag in das ungeborene Meer der Forstarbeiter, bleibt abzuwarten. Jedenfalls wäre eine energisch einsetzende Agitation dringend erwünscht, um auch diesen schwer bedrückten Proletariats-Hilfe und Selbsthilfe zu schaffen. Die „christlichen“ Führer haben im bayerischen Landtag inzwischen den vollständigen Beweis erbracht, daß sie sich mit Unrecht als Vertreter dieser Arbeitergruppen aufspielen. Sie verdienen viel mehr einen ganz anderen Titel, wie auch an anderer Stelle dieser Nummer nachzulesen ist.

Unser Verband hat im verfloffenen Jahre mehr denn je mit äußerster Energie die Interessen seiner Mitglieder wahrgenommen. In nicht weniger wie 81 Maßnahmenfällen verbotenen die Stadtverwaltungen oder doch einzelne Verwaltungsbehörden uns Schwierigkeiten zu bereiten. Wir unterstützten die Gemahrechten mit über 5000 Mk. und haben so den beabsichtigten Schlag größtenteils parieren können. Sicher ist, daß die Furcht vor Maßnahmen bei unseren Mitgliedern immer mehr schwindet und sie gelingt es, allmählich selbstbewußte, unerschrockene Kollegen an allen Orten zu gewinnen, die in ruhiger und sachlicher Agitation nicht erlahmen und für unsere gute Sache eintreten.

Gegenüber den früheren häufig planlos und unvorbereitet auftretenden Bewegungen haben wir im verfloffenen Jahr nicht weniger wie zehn seitens des Verbandsvorstandes genehmigte Streiks zu verzeichnen. Es sind dies:

26. Januar: Gasarbeiter Ludwigshafen.

29. März: Elektrische Werke Mannheim.

5. April: Gasarbeiter Schweinfurt.

23. Mai: Gas- und Abfahrarbeiter Kiel.

29. Mai: alle städtischen Arbeiter Eisenach.

21. Juni: Gasarbeiter Bant (Aussperrung).

21. August: Gasarbeiter Hamburg.

24. September: Gasarbeiter Heidelberg.

5. Dezember: Gasarbeiter Mannheim.

15. Dezember: Gasarbeiter München.

Außerdem fand am 23. September eine Aussperrung der Elektrizitätsarbeiter in Kostock, am 29. September eine halbtägige Arbeitsniederlegung der Arbeiter der Müllverbrennung in Wiesbaden, und am 28. Oktober ein Streik der Wasserwerksarbeiter in Lübeck statt.

Wenn es auch erfreulicherweise nicht an allen vorbezeichneten Orten zu größeren Kämpfen kam, tatsächlich haben wir fast überall die festgefahrenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorwärts bewegt. Das gelang uns auch, wie gern anerkannt sei, in zahlreichen Fällen ohne Anwendung des schärfsten Mittels. Eine spezielle Betrachtung der erlangenen Vorteile im verfloffenen Jahr wird natürlich erst später möglich sein.

Unsere Mitglieder haben aber auch, soweit sie in privaten Betrieben beschäftigt waren, ihren Mann gestanden. So hatten wir z. B. 85 Einzelfälle von Petitionen an sonstigen Streiks und Aussperrungen zu verzeichnen, die zusammen zirka 300 Wochen Lauer umfaßten und von unserem Verband mit zirka 1800 Mk. unterstützt wurden.

Von den sonstigen erfreulichen Ercheinungen des Jahres 1907 sei nur noch unsere erste internationale Tagung in Stuttgart registriert, die an dieser Stelle bereits hinreichend gewürdigt wurde.

Die schon mehrfach erwähnte Erwerbslosenunterstützung hat in dem Vierteljahr ihres Bestehens, soweit wir bis jetzt sehen können, die zahlreichen Befürchtungen der Gegner dieser notwendigen Einrichtung widerlegt. Zwar ist eine erhebliche Mehrarbeit und eine erhöhte Verantwortlichkeit unserer Funktionäre eingetreten, aber bei gutem Willen aller Beteiligten wird sich die Regelung wesentlich erleichtern im Laufe der Zeit. Nachdem wir die Hauptarbeiten während der Ubergangszeit überwunden haben, braucht uns um die Weiterausgestaltung der Unterstützungsanstalten nicht bangen zu sein. Die beabsichtigte Stärkung und Sicherung unserer Verbandskasse ist jedenfalls im verfloffenen Jahr gut durchgeführt. Der nächste Verbandstag dürfte also jedenfalls eine weitere Ausgestaltung der Erwerbslosenunterstützung bringen.

Eine Anzahl Konferenzen sowie eine Ganleiterkonferenz berieten über eine Reihe wichtiger Verbandsangelegenheiten und kamen zu fruchtbringenden Beschlüssen.

Das neue Jahr mit seiner niedergehenden Wirtschaftskontunktur fest wenig verheißungsvoll ein. Auch für die Gemeinde- und Staatsarbeiter wird sich eine Rückwirkung dieser wirtschaftlichen Depression nicht ganz aufhalten lassen. Um so mehr müssen wir all unsere wirtschaftliche Macht in die Waagschale werfen, um unsere Forderungen auch im neuen Jahr der Verwirklichung näher zu bringen.

Mit politischen Kämpfen um ein freies Wahlrecht in Preußen kennzeichnet sich der Beginn des Jahres 1908. Zeigen wir uns dieses Kampfes würdig: Können wir nicht, bis überall in den Gemeinde- und Staatsbetrieben Kämpfer unserer guten Sache stehen, die für wirtschaftliche Fortschritte und politische Freiheiten mit der bezwingenden Macht ihrer ganzen Person eintreten.

Kämpfen heißt Leben, und in diesem Sinne mag uns im neuen Jahr das Wort dienen:

„Es ist eine Lust zu Leben!“

Der Elertanz der christlichen Arbeitersekretäre im bayerischen Landtage.

„Wenn erst einmal christliche Arbeitervertreter in den bayerischen Landtag einzziehen werden, dann wird für die Staatsarbeiter das goldene Zeitalter anbrechen.“ Diese und ähnliche Versprechungen wurden in allen Versammlungen der Staatsarbeiter von den „christlichen“ Führern gemacht; doch haben die Staatsarbeiter bisher mit dieser Sorte von Arbeitervertretern nur sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Schon in der vorhergegangenen Landtagsperiode hatte es der christliche Arbeitersekretär Schürmer für angezeigt gefunden, bei der Beratung und Abjammung der zugunsten der Staatsarbeiter vorliegenden Anträge durch Abwesenheit zu plänzen. Und als damals der sozialdemokratische Redner angeichts der strikte abweisenden Haltung der Zentrumsparlei nach dem Verbleib des christlichen Arbeiterführers Schürmer fragte, da kam die Erklärung, dieser sei schwer an Fieber erkrankt und müßte das Bett hüten. Nachträglich aber stellte sich heraus, daß der gute Mann eine treuzüchtige Bergpartie aufs Nebelhorn gemacht hatte. Diese Konstatierung erregte damals ziemliches Aufsehen unter den Staatsarbeitern.

Au den 1907 neu gewählten Landtag zogen gleich fünf „christlich“ patentierte Arbeiterführer, und zwar: Königbauer, Oswald, Daurer, Cadau und, bei einer erforderlich gewordenen Nachwahl, auch noch Schwarz als Zentrumsabgeordnete ein. Man hatte also allen Grund, anzunehmen, man sah nun die Haltung der Zentrumsparlei ob der Anwesenheit der fünf „christlichen“ Arbeiterführer wenigstens einigermaßen zugunsten der Arbeiter ändern werde. Hat doch der langjährige Landtagsabgeordnete und christliche Arbeitersekretär Daurer bereits im Jahre 1905 in einer Zeitschrift den Nachweis zu erbringen versucht, daß für die Staatsarbeiter ein Tagelohn von 4 Mk. das Existenzminimum bedeute, unter dem der Arbeiter nicht mehr auskommen könne. Und in allen Versammlungen verteidigten die christlichen Sekretariate nicht, recht große Sprüche zu machen, was sie alles durchsetzen würden. Und nach stattgefundener Wahl durchlief die ganze Presse, die ihre geistige Nahrung aus der sogenannten C. P. C. (Zentrums-Parlaments-Korrespondenz) erhalt, ein Artikel des Inhaltes, in wie hohem Maße nun in Zukunft durch die Wahl der „christlichen Arbeiterführer“ für das Wohl der bayerischen Staatsarbeiter gesorgt werden würde, denn die christlichen Arbeiterführer würden ohne weiteres die Arbeit aufnehmen und ihre Anträge vorbereiten.

Als aber sofort nach Eröffnung des Landtages die Sozialdemokraten mit wohlwollenden und wohlmotivierten Anträgen (darunter den auf Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter um 15 Proz.) herauskamen, da zeigte sich, daß die bewährten „christlichen“ Führer noch ganz unvorbereitet dastanden; sie hatten die Zeit von der Wahl bis zur Eröffnung des Landtages völlig ungenutzt verstreichen lassen.

Erhebliche Zeit später rückten sie endlich mit dem Antrage heraus, die Löhne der Staatsarbeiter sollten ab 1. Oktober 1907 pro Tag um 20 Pf. erhöht werden. Das war nun selbstverständlich im Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse viel zu wenig und stand überdies in seltsamem Kontrast zu den von den christlichen Führern in ihren Versammlungen gehaltenen Reden und Versprechungen.

Der wahre Charakter dieser christlichen Arbeitersekretäre sollte sich bald mit aller Deutlichkeit zeigen. Schon im Finanzaußenbüro, dem die vorliegenden Anträge zur Vorberatung überwiesen worden waren, erklärte sich der Abgeordnete Oswald (Vorsitzender des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes) gegen die Zustimmung der Presse, „weil man da nicht so nach seiner Heberzeugung reden könne, wie man wolle“. Das war schon bezeichnend; denn was sollten denn diese Gebiener hier anders reden, als sie sonst vor breiterer Öffentlichkeit in der Versammlung schwafelten. War es ihnen ernst mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Staatsarbeiter, so brauchten sie ja nur dafür einzutreten. Das hätte jedermann durch die Presse erfahren dürfen. Sie aber wollten das gerade Gegenteil!

Da das Zentrum im bayerischen Landtage nahezu über eine Zweidrittelmajorität verfügt, so hängt natürlich alles von dieser Partei ab. Man müßte also meinen, daß diese „christlichen“ Führer innerhalb ihrer Partei sowie im Plenum des Landtages alles aufbieten würden, um eine Mehrheit für die zugunsten der Arbeiter gestellten Anträge zusammenzubringen. Dies um so mehr, als sie ja, wie bereits vorhin erwähnt, den Mund früher recht voll genommen hatten.

Nun, bei den Verhandlungen im Plenum im Dezember 1907 zeigte sich das Doppelf Gesicht der christlichen Führer in ganzem Glorie. Mit der Anwendung ihrer ganzen Verebtsamkeit wandten sie sich gegen den von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Erhöhung der Löhne um 15 Proz., auch der Antrag der Liberalen auf Erhöhung um 10 Proz. fand keine Gnade vor den Augen der christlichen Arbeiterführer. Mit aller Macht opponierten sie auch gegen jede Aufbesserung der Akkordlöhne, denn da brauchte man nur mehr zu arbeiten, dann würde ohnehin mehr verdient. (!) Und das sind dieselben christlichen Führer, die vor den Wahlen den Arbeitern, insbesondere den Gemeinde- und Staatsarbeitern, das Blau vom Himmel herunter versprochen hatten; jene Königbauer, Daurer, Oswald, Cadau und Schwarz, die vor den Wahlen in Wort und Schrift für eine große, durchgreifende Aufbesserung der Staatsarbeiter plädiert hatten. Insbesondere die Haltung des Abgeordneten Oswald kann nicht genug verurteilt werden. Er gab sich alle erdenkliche Mühe, um dem Minister klarzumachen, daß anderswo — noch schlechter gezahlt würde. Dabei möchte gerade dieser christliche Verband der Hilfs- und Transportarbeiter die Staats- und Gemeindefarbeiter lapern. Da möchte man schon wirklich das Landweh kriegen. Denn wenn sich diese christlichen Führer aus Besessenen, ihren glatten Umfall hinter einen Berg von Worten zu verschleiern — die Arbeiter werden darüber schon die nötige Aufklärung erhalten.

Doch damit ist diese Tragikomödie noch nicht zu Ende. Denn die Regierung sagte eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag ab 1. Januar 1908 bereitwilligst zu. Sie war ja froh, bei der Mehrheitsparlei so billig wegzukommen. Von dem christlichen Führer Königbauer wurde nun die Nachzahlung ab 1. Oktober 1907 beantragt, doch sogleich auch wieder zurückgezogen, nachdem die Regierung nicht ohne weiteres darauf einging.

Das veranlaßte den sozialdemokratischen Abgeordneten Engel, diese Art der Tätigkeit der „christlichen“ Führer etwas unter die Lupe zu nehmen und den von Königbauer zurückgezogenen Antrag von neuem aufzugreifen. Und da waren es wieder die christlichen Führer, die den erst von ihnen selbst gestellten Antrag bis aufs Messer bekämpften und, da die Zentrumsparlei über 100 Mandate besitzt, auch dessen Ablehnung herbeiführten! Auch die christlichen Führer stimmten also gegen ihren eigenen Antrag!

Da nun in nächster Zeit auch die Gehälter der Geistlichen, Lehrer und der Beamten aufgeschärft werden sollen, so ist man neugierig, ob die christlichen Sekretäre auch diesen gegenüber so inausferig sein werden wie bei den Staatsarbeitern.

Welcher Geist gerade die Zentrumsfraktion im bayerischen Landtage beherrscht, geht daraus hervor, daß sie einstweilen dieser christlichen Arbeitersekretäre geschlossen gegen die Errichtung von ärztlichen Pflegebezirken in Gebieten mit großer Säuglingssterblichkeit stimmten und daher diesen Antrag zu Fall brachten. Tadel hat Bayern prozentual die größte Säuglingssterblichkeit im Reiche.

Bei dieser Handlung der christlichen Arbeiterführer im Landesparlament müssen doch auch einmal den staatlichen Arbeitern die Augen aufgehen; sie müssen einsehen lernen, daß sie fortgesetzt nur am Rarrenseil herumgeführt werden. Der Plag der Staatsarbeiter kann also in Zukunft nur in den freien Gewerkschaften sein.

Eigentlich läge es auch an den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, daß sie wenigstens diese ihre sogenannten Führer für diese Prachtleistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik einigermaßen energisch bei den Ohren nehmen würden. Das hätten sie wirklich und im Ernste verdient.

D. C.

Wie steht es mit den Arbeiterausschüssen, Lohnzulagen und dem Neunstundentag in den Hamburger Staatsbetrieben?

Diese Fragen werden zuzeit in weitesten Kreisen der Staatsarbeiter Hamburgs lebhaft diskutiert. Bekanntlich standen das ganze Jahr 1907 hindurch die Staatsarbeiter in der Bewegung mit dem Zielpunkt der Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich (acht Stunden für Schichtarbeiter auf dem Gaswerk), Erhöhung der Löhne bis zu 5 Mk. bzw. 6 Mk. pro Tag, Einführung des Sommerurlaubs und Errichtung von Arbeiterauschüssen auf liberaler Grundlage.

Bei dem Umfang und der Bedeutung der vorjährigen Bewegung nahm sich der Senat auf Antrag der Staatsarbeiter der Sache an. Es wurde in Aussicht gestellt, die Arbeiter mit einheitlich zu regeln für alle Staatsbetriebe. Soweit im Jahre 1907 nicht

schon Lohnzulagen von den einzelnen Behörden zugestanden waren, sollte auch hier im Frühjahr 1908 eine Regelung erfolgen. Der Sommerurlaub wurde ebenfalls (im Prinzip) den Arbeitern zugewilligt, und Arbeiterausschüsse sollten ab Anfang des Jahres 1908 eingeführt werden.

Was den letzten Punkt anbetrifft, befreit augenblicklich noch tiefe Ruhe über den Wässern. Nichts regt sich, nichts rührt sich. Die Staatsarbeiter warten indessen. . . Sollte am Ende der schon so viel berufenen von ungefähr drei Jahren von der Bürgerschaft niedergesetzte Ausschuss zur Prüfung der Staatsarbeiterverhältnisse ganz in der Stille eifrig am Werke sein, um für Hamburg das neueste, das beste und liberalste, was man in der Frage der Arbeitervertretung nur erdenken kann, zu schaffen? Jedenfalls sind die organisierten Staatsarbeiter der Meinung, daß die Arbeiterausschüsse recht bald herauskommen und daß sie brauchbar sein sollen.

Die Arbeitszeit muß im kommenden Frühjahr auf 9 Stunden verkürzt werden. Das ist ebenfalls eine feststehende Ansicht in Kreisen unserer Staatsarbeiter! Wie lange ist es schon her, daß die hamburgischen Gasarbeiter den Acht- bzw. den Neunstunden- tag zum ersten Male forderten!

Unsere Schwesterrepublik Bremen steht auch gewiß nicht im Geruche, eine musterwürdige Sozialpolitik zu treiben, aber der Achtstundentag auf dem Bremer Gaswert ist schon seit dem Jahre 1899 eingeführt, also seit nunmehr 18 Jahren. Bremen steht in diesem Punkte an der Spitze der vierzig deutschen Gemeinden, die den Achtstundentag haben.

Nicht nahe der Zeitpunkt, daß auch Hamburg das gegebene Versprechen einlösen muß.

Die Gasarbeiter Hamburgs standen in den letzten Jahren im Vordertreffen des Gefechtes um den Acht- bzw. Neunstunden- tag.

Das äußerte wurde im August des vorigen Jahres vermieden, da die Deputation für das Beleuchtungswesen folgende Monzeition machte gegen das Versprechen der Arbeiter, von einer Arbeits- einstellung Abstand zu nehmen:

Hamburg, den 23. August 1907.

Dem Arbeiterausschuss des Gaswerks I wird hiermit im Auf- schluß an die geitrige Besprechung bestätigt, daß unter der Vor- aussetzung, daß von den Arbeitern der Gaswerke die Arbeit im kommenden Winter nicht niedergelegt wird, die Deputation für das Beleuchtungswesen beschlossen hat:

1. Die achtstündige Schichtdauer für Refektorienarbeiter (Schichtarbeiter) aller drei Gasanstalten am 1. Februar 1908 einzuführen;
2. die Einführung einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für die sonstigen Arbeiter zum 1. April 1908 zu befür- worten;
3. eine Erhöhung der Löhne für die jetzt mit 4,10-4,10 Mk. entlohnten Arbeiter um 20 Pf. für den Tagelohn ebenfalls vom 1. April 1908 ab zu befürworten;
4. denjenigen Arbeitern der Gaswerke, deren Kleidung durch den Dienst einer besonders starken Abnutzung ausgesetzt ist, staatsseitig Arbeitskleidung und Schuhwerk für den Dienst zu liefern.*)

Die Deputation sieht einer bindenden Erklärung ihrer Ar- beitererschaft bis morgen, Sonnabend, 10 Uhr vormittags, entgegen.

Die Deputation für das Beleuchtungswesen.
gez. Ad. Strad.

Wir haben bisher den Behörden, wenn sie erklärten, den Ar- beitern entgegenzukommen, dies immer aufs Wort geglaubt, und wir haben auch alle Ursache, anzunehmen, daß das vorstehend- Versprechen eingelöst wird.

Warum wir denn nun darüber schreiben? Ganz einfach. Es handelt sich nicht allein um die Gasarbeiter, sondern auch um jen- Staatsoberheit, deren Wünsche hinsichtlich des Lohnes im ver- flossenen Jahre unerschütterlich geblieben sind.

Seit den sozialpolitischen Debatten vor drei Jahren in der Bürgerschaft hat sich manches geändert, vor allen Dingen wird die anhaltende Forderung geradezu revolutionierend.

Die Devise des Herrn Peters:

„Ein Minimalarbeitslohn ist in meinen Augen etwas ganz Ungehörliches . . . eine Verringerung der Arbeitszeit ist in meinen Augen ein Unikum!“ . . .

Deberichte wohl bisher hamburgische Kommunalpolitik, daß man- aber und wird bestimmt anders werden.

H. W.

* Ist bislang noch nicht geliefert worden.

Unsere Lohnbewegung in Traunstein.

Am Fuße der bayerischen Berge, an der Bahnlinie München- Salzburg, liegt das uralte, idyllische Städtchen Traunstein. Es zählt nicht einmal 1000 Einwohner.

Zur Laufe des letzten Sommers schlossen sich die wenigen städtischen Arbeiter unserem Verbands an, die beim Igl. Forst- emr Traunstein beschäftigten Waldarbeiter taten das gleiche, so daß eine ganz hübsche Filiale von etwa 30 Mitgliedern zustande kam. Nun, da kaum ein halbes Jahr darüber verstrichen ist, stellen sich auch bereits die ersten Erfolge ein.

Am 12. September richtete Gauleiter Sebalb im Auftrage und in Vertretung der dortigen städtischen Arbeiter verschiedene, auf Verbesserung der bestehenden Verhältnisse abzielende Anträge beim Magistrat zu Traunstein ein. Der Magistrat erklärte sich daraufhin bereit, in Verhandlungen einzutreten, doch beschloß er zugleich auch, bei 15, ungefähr in ähnlichen Verhältnissen stehenden bayerischen Städten eine Kundfrage nach den Bezügen der städtischen Arbeiter zu veranstalten.

Wenn auch in einzelnen dieser Städte (so z. B. Reichenbach) durch unseren Verband ganz bedeutende Verbesserungen eingetreten sind, so war das Durchschnittsergebnis dieser Kundfrage nicht gerade besonders erbaulich. Es ist dies ein Beweis dafür, daß wie selbst die kleinsten Städte bei unserer Bewegung nicht außer acht lassen dürfen. Auch zeigt uns dieser Vorgang die Notwendigkeit einer umfassenden Statistik, die eben wieder nur durch Zentralorganisationen erfolgreich in Angriff genommen werden kann.

Bisher wurden in Traunstein folgende Tagelöhne gezahlt:

Invalide Arbeiter 1,50 Mk., vollwertige Arbeiter 2,20 bis 2,50 Mk., Kanalarbeiter 2,50 Mk., Wegmacher 3 Mk., Handwerker 3 Mk., der Stadtpolier erhielt einen Wochenlohn von 20 Mk.

Ungegrifflicherweise kamen die städtischen Kollegen Traun- steins zu dem Beschluß, von dem Taglohn abzusehen und in Zu- kunft die Arbeiter nach Stunden zu entlohnen. Diese Stunden- löhne wurden bereits wie folgt festgesetzt:

Invalide Arbeiter 22 Pf., vollwertige Arbeiter 28 Pf., Kanalarbeiter 28 Pf., Wegmacher 32 Pf., Handwerker 34 Pf.

Außerdem wurde für Arbeit im Wasser und bei anhaltenden Regenwetter eine Erhöhung des Lohnes um 10 Proz. für Neben- stunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 25 Proz. zugewilligt.

Interessant ist dabei zunächst, daß zwei unorganisierte Weg- macher die bei dem Auftauchen unseres Verbandes in Traunstein ins Rathaus liefen, um dort zu erklären, daß sie nicht unzufrieden wären, wie die bösen anderen, die sich dem Verbands angeschlossen hätten usw.) am aller schlechtesten abgeschnitten hatten. Fallsicht war es der wohlverdiente Dankschreiben für die bewiesene Weisheit und Demunziationslust. Sie scheinen an die unrichtige Adress- gelaten zu sein.

Die städtischen Arbeiter Traunsteins nahmen zu den Be- schlüssen der städtischen Kollegen in einer am Sonntag, den 15. Dezember, abgehaltenen Versammlung Stellung und schlossen sich einstimmig den Ausführungen des Gauleiters Sebalb an, die darin gipfelten, die vom Magistrat angeordnete Arbeitsordnung nebst Lohnafel abzulehnen und lieber bis zum Frühjahr unter den alten Verhältnissen weiter zu arbeiten. Wenn erst wieder einmal die Fremden kommen, dann werde man das richtige Wort schon finden. Nach der Aufstellung des Magistrats hatten die Arbeiter wenigstens bei der stündigen Arbeitszeit im Winter ihre Löhne bedeutend verschlechtert. Hierfür ein Beispiel: Die Kanal- arbeiter hatten früher einen Taglohn von 2,50 Mk.; nach den Beschlüssen des Magistrats hatten sie im Winter bei der kurzen Arbeitszeit nur mehr 8 mal 28 Pf. gleich 2,24 Mk. bekommen, so daß die Verbesserung im Sommer nahezu durch die Verschlech- terung im Winter wieder ausgeglichen worden wäre.

Es ist also ganz unerklärlich, wie die städtischen Kollegen diesem Entwarfe zustimmen konnten. Mit doch der rechtskundige Bürgermeister Dr. Zentgraf auch zugleich 1. Vorsitzender im oberbayerischen Landrat und ist dort schon des öfteren sehr glücklich für die Arbeiter eingetreten. Es scheint also, daß sich die übrigen Mitglieder der städtischen Kollegen so ganz Privatbaumeister- substanz und daß ihnen das Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik noch ein spanisches Dorf ist.

Auf Grund des oben erwähnten Versammlungsbeschlusses wurde Gauleiter Sebalb am 20. Dezember wieder im Rathaus vor- gestellt, um dort nachzuweisen, daß es ein ganz unerhörtes, auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik einzig dastehendes

Vertrag sei, wenn vom Taglohn auf den Stundenlohn übergegangen würde. Dies suchte der herbeigeholte Stadtbaumeister, der offenbar der Vater vom Ganzen war, damit zu rechtfertigen, daß bei den vorjährigen Lohnbewegungen auch in den Privatbetrieben der Stundenlohn verlangt wurde. Dies sei keineswegs unbillig, sondern im geraden Gegenteil sehr fortschrittlich. Zugleich stellte er die Behauptung auf, die bereits beschriebenen Lohnerböhrungen verursachten der Stadt eine Mehrerausgabe von jährlich 7 000 RM. (Da wären wir die zumeiststen Menschen auf der Welt.) Für diese Leistung auf dem Gebiet der Mathematik und Sozialpolitik müssen wir dem Herrn Stadtbaumeister leider die Note 4 ausstellen.

Jedoch konnte bei diesen Verhandlungen noch erreicht werden, daß der Lohn für die Stenalarbeiter von 28 auf 30 Pf., sowie für die Wegmacher von 32 auf 33 Pf. erhöht wurde. Außerdem wird im Winter bei der kürzeren Arbeitszeit der Lohn nicht für 8, sondern für 6 Stunden gezahlt.

Unter Ausschaltung der Zuschläge für Nachtarbeit usw. ergibt sich folgendes Bild.

Gruppe	Verdienst		Zahl Arbeiter im Jahre 1907	Zahl Arbeiter im Jahre 1908	Zahl Arbeiter im Jahre 1909	Zahl Arbeiter im Jahre 1910	Zahl Arbeiter im Jahre 1911	Zahl Arbeiter im Jahre 1912
	1907	1908						
Invalide	300 × 1,50 = 450	200 × 2,20 = 440	632	92	10	920		
Unwertige Arbeiter	300 × 2,50 = 750	100 × 2,50 = 250	832	82	10	820		
Stenalarbeiter	300 × 2,50 = 750	200 × 3,00 = 600	670	120	2	240		
Wegmacher	300 × 3,00 = 900	100 × 2,97 = 297	957	57	3	171		
Handwerker	300 × 3,00 = 900	200 × 3,10 = 620	946	86	3	258		
Städtpolier (Wohntenlohn)	62 × 20,00 = 1240	62 × 24,00 = 1488	208	208	1	208		

Zs. 2617

Das ergibt also einen jährlichen Mehraufwand von 2617 RM.; kommt man hierzu noch die Zuschläge (siehe oben), höhere Beiträge zu den verschiedenen Versicherungen, so ergibt sich im Höchstfalle die Summe von jährlich 4000 RM., nicht aber 7 000 RM., wie Herr Stadtbaumeister auch den städtischen Kollegen vorzuweisen suchte.

Wie ersichtlich, hat auch der Stadtpolier an der Bewegung der städtischen Arbeiter mitgewirkt; es wäre demnach zu erwarten, daß er sich hierfür bei den städtischen Arbeitern bedankt und nicht diesen fortgesetzt durch Heintliche Schikanen das Leben und die Arbeit verbittert.

Die städtischen Arbeiter Traunsteins haben jedenfalls gesehen, daß Erfolge nur durch den Zusammenschluß innerhalb der Organisationen möglich sind. Daran gilt es festzuhalten, dann kann es auch in Zukunft nicht fehlen. Einigkeit führt zum Ziel. Ist auch auf den ersten Anlauf nicht alles erreicht, was wir wollten, so haben wir doch eine ganz erhebliche Verbesserung zu verzeichnen. Das weitere wird sich im Laufe der Zeit noch finden.

Die „Arbeitslosen“ Solinarbeiter Traunsteins aber können sich an den städtischen Arbeitern ein Muster nehmen, wenn sie nicht ganz mit Unbill geschlagen sind!

J. C.

Intimes aus der Berliner Desinfektionsanstalt I.

Zu den Nebengruppen, welchen am stärksten der Solidaritätsgehalt beizubringen ist, zählen zweifellos in erster Reihe die Desinfektoren. Es überhaupte, sei dahingestellt — in Berlin jedenfalls. Schon wiederholt ist hier der Versuch gemacht worden, bei ihnen für unseren Verband Boden zu gewinnen, und wiederholt ging die Aktion in die Brüche. Ein unweiblicher Tüffel, der einen Teil dieser Arbeiter beherzt, und ihnen vorgaukelt, daß sie etwas Besseres seien, und nicht zuletzt die blühende Zukunft nach der Pensionierung sind die Gründe, welche hindernd in den Weg treten. Seit ein paar Jahren ist etwas erheblicher Wandel gehandelt worden mit dem Effect, daß eine kleine Anzahl Kollegen sich absonnert. Die geradezu empörend niedrigen Löhne hatten Anlaß zu einem neuen Vorstoß gegeben; auch gab die Tatsache, daß die für den Desinfektionsdienst anzuhaltenden Straßensänger während der Ausbildungszeit 50 Pf. pro Tag mehr bekommen, eben schon erwähntem Tüffel einen empfindlichen Stoß. Da fand

man denn kräftige Worte. „Wir haben zulange geschlafen, wir müssen aufwachen, wieder munter werden. Sucht einmal Anschluß zu machen, wir folgen Euch nach. Wir sind ja Frau rsthöl!“ So empört war man wahrhaftig damals! Die Erverbandstollegen W. und G. gehörten zu den eifigen Musern im Streit und werden sich dieser Worte ja wohl erinnern. Und jetzt? Fort sind sie und mander andere mit ihnen. Mehr verdienen möchte man schon; aber statt bei der Schaffung der Vorbedingung dazu, einer starken Organisation, zu helfen, greift der Geist der Kleinlichkeit und Wankelmütigkeit um sich.

Tritt da eines Montags Kollege O., angetan mit frischer Wäsche, den Dienst an und wird, o Schreck, zum Stiefel-Kloppler beordert. Er beschwert sich beim Aufsichtsvorsteher und wird von der unangenehmen Arbeit befreit, ja, der letztere reicht ihm noch — wie er entzückt feststellt — zur Verjöhnung die Hand. So war die Sache auf dem besten Wege aus der Welt geschafft und doch mußte er zu Kargereien gegen den Verband herhalten, weil dieser nach Remanzids und Grodzids Meinung „bei einer solchen „Mafregelung“ eingreifen müße“. Nein — sehr „verehrte“ Erverbandstollegen — mit solchen fadenscheinigen Gründen gelingt es nicht, seinen „Kudzug“ vom gewerkschaftlichen Stampfelde zu demanteln.

Auch sonst sind in den Kreisen gewisser „Kollegen“ der genannten Berliner Anstalt merkwürdige Ansichten und Gemohnheiten zu finden. Hier ein Beispiel! Der Desinfektor H. fühlte sich beschwert, daß er im letzten Sommer nicht weniger als 13 Wochen in einem Monat hat desinfizieren müssen. Diese Zurücksetzung! Doch ihm wurde Rat; W. mußte den Schlüssel zu dem Geheimnis zu liefern. Er fragt ihn: „Wißt Tu denn noch im Verband?“ — H.: „Ich bin lange raus!“ — W.: „Na, dann mindert mich das doch! Dann muß der Herr Vorsteher es noch nicht wissen!“ (!) Das heißt also zu deutsch, daß die organisierten Kollegen schikanieren werden, soweit sie dem Herrn Vorsteher bekannt sind. Ja, woher werden denn letzterem die Verfehlungen bezeugnet? Vielleicht vermag „Kollega“ W. diese Gewissensfrage zu beantworten!

Zum Schluß sei noch eines tüchtigen Streikers von ehemals, Th., gedenkt, dem seinerzeit keine Wurst zu teuer war. „Und wenn die Verbandsbeiträge 1 RM. pro Woche betragen würden, ich schiebe doch nicht wieder aus!“ so sagte er — und doch handelte er entgegengekehrt!

Weshalb wir das alles ausführten? Nun, um wieder einmal an ein paar Schulbeispielen zu zeigen, wie elend rückständig noch immer die Kollegen sind und wieviel Arbeit noch von jedem einzelnen zu leisten ist, um den engherzigen Strammgeist zu bannen. Hoffentlich gelingt dies auch bald in der Berliner Desinfektionsanstalt.

Der Ortsverein Berliner Straßenreiner

bestreitet in seinem „Korrespondenzblatt“ die ihm überaus peinliche Anspielung in Nr. 2 der „Gewerkschaft“. Unter der Überschrift „Wahlgeldes Täuschungsmanöver“ wird dafür behauptet, daß die Versammlung vom 20. Dezember sehr wohl in der Lage gewesen sei, dem eingeleiteten Ausdauß die bezüglichen Wünsche des Ortsvereins zu unterbreiten, da die Sitzung des Ausschusses erst am 21. Dezember stattgefunden habe. Weiter wird von „bewußter Unwahrheit“ des bezüglichen Berichts geredet. Man beruft sich dabei auf einen Bericht des „Vorwärts“, den wir auch brachten. Zum Schluß wird bestimmt behauptet, die Versammlung des Ortsvereins habe richtigzeitig stattgefunden und „der Ausdauß, der am 21. Dezember tagte, ist vor den Beratungen von den Wünschen des Ortsvereins durch den Vorstand verhandelt worden“.

Toujoursdemselben stellen wir nochmals als ausdrücklich fest, daß die Ausdaußsitzung tatsächlich am Freitag, den 20. Dezember, stattgefunden hat. Der Vorstand des Ortsvereins muß also die Wünsche der Versammlung schon vor der Versammlung gekannt und überreicht haben, oder er ist einen Sonntag zu spät gekommen! Da das erstere wohl ausgeschlossen ist, trifft das letztere sicher zu. Daran ändert auch die alleipröbige Entscheidung keinen Pfifferling!

Der auch von uns aus dem „Vorwärts“ entnommene Bericht über die Delegationsitzung vor bereits am Sonnabend in Händen der „Vorwärts“-Redaktion und sprach von der gestrigen Ausdaußsitzung! Ansolcher Mangel: blieb der Bericht die zum Sonntag zurück, während eine Werdung des Tatums nicht vor-

genommen wurde. Dadurch bezeichneten auch wir die Sitzung vom 21. Dezember, wurden aber nachträglich von einem Mitgliede des Ausschusses dahin aufgestellt, daß die Sitzung tatsächlich am Freitag stattgefunden hat.

Es wäre unfererseits ohnehin diese ja nebensächliche Richtstellung erfolgt. Jedenfalls bleibt unser in Nr. 2 abgedruckter Artikel „Ortsverein Berliner Straßenreiniger und Ruhegehalt“ von A bis Z wahr und der Vorstand des blauen Ortsvereins wird wohl oder übel in der nächsten Mitgliederversammlung mit der Wahrheit herausrücken und bekennen müssen, daß die Deputations Sitzung am 20. Dezember und nicht am 21. Dezember stattgefunden hat. Und daß die Aktion des Ortsvereins zu spät vor sich ging! Wenn er das nicht tut, verschweigt er seinen Mitgliedern die Wahrheit!

Im übrigen mag sich das „Korrespondenzblatt“ beruhigen mit seiner Furcht vor dem Stadi! Als seiner Zeit der famose Herr Sager in unserem Ortsbureau de- und wehmütig in Gegenwart von ca. 6 Kollegen (darunter auch der jetzige Ortsvereinsvorsitzende Kluge!) Abbitte für ungerechtfertigte Beleidigungen leistete, erklärten wir ihm trocken, wir legen nicht gar so großes Gewicht auf seine Ansprüche, da wir uns durch ihn überhaupt nicht beleidigt fühlen könnten. Das trifft auch noch heute zu, und wenn die Leute um Sager glauben, sich durch Schimpfen aus ihrer fatalen Lage ziehen zu können, so mögen sie das mit ihren Mitgliedern ausmachen.

Es bleibt also trotz aller zur Schau getragenen Entrüstung bestehen: Der Ortsverein ist wieder einmal einen Posttag zu spät aufgestanden!

Charlottenburger Jahresbericht.

Im verflossenen Jahre können wir auf eine gute Entwicklung unserer Sektion zurückblicken. Die Tätigkeit in agitatorischer Hinsicht war aber auch eine ziemlich große. Es könnte der Mitgliederbestand ein noch größerer sein, wenn die Fluktuation uns nicht immer von neuem zu schaffen machte.

Eine rege Agitation fand im Laufe des Jahres unter den Kollegen des Wasserwerkes, der Kanalisation und der Straßenreinigung statt. Es gelang uns auch, die Arbeiter des Wasserwerks und der Kanalisation zum großen Teil zu organisieren. Hoffen wir, daß alle noch fernstehenden Kollegen dem Rufe der Organisation bald folgen werden, denn eine Verbesserung der Lage dieser Kategorien tut dringend not. Es kann dies aber nur durch festes Zusammenstehen der Arbeiter erfolgen.

Bei den Straßenreinigern gelang es uns leider nicht, irgendwelchen Einfluß zu gewinnen. Die einberufenen Versammlungen blieben ohne Erfolg. Ja, es scheint, als wollen diese Arbeiter Zweck und Ziele der Organisation überhaupt nicht begreifen. Auf eine direkte Frage, wie sie sich zur Organisation stellen, antwortete einer von ihnen: „Ja, Ihr als Gasarbeiter und die anderen städtischen Arbeiter könnt Euch wohl einem Verband anschließen, wir aber dürfen so etwas nicht!“ Auf eine weitere Frage erfolgte die Antwort: „Dann werden wir entlassen!“ Vom Gegenteil war der Mann nicht zu überzeugen. Hoffen wir, daß es nun in diesem Jahre gelingen möge, die Kollegen aufzurütteln. Die Lage der Straßenreiniger ist gewiß keine zu rosig. Werden doch noch Anfangslöhne von 95 Mk. gezahlt. In Stundenlohn umgerechnet kommt die enorme Summe von 35 Pf. heraus. Auch die Endlöhne stehen hinter denen der anderen Kategorien zurück.

Im Februar v. J. reichten die städtischen Arbeiter Charlottenburgs eine allgemeine Arbeitsordnung beim Magistrat ein. Die zurzeit für jeden Betrieb bestehenden Arbeitsordnungen passen zum großen Teil nicht mehr in das vorhandene Arbeitsverhältnis. Aber trotzdem fast ein volles Jahr ins Land gezogen ist, haben die städtischen Arbeiter noch nicht ein einziges Mal etwas von der von ihnen eingereichten Arbeitsordnung zu hören bekommen. Es wird hier eines energischen Aufstoßes seitens der Kollegen bedürfen, den Magistrat an dieselbe zu erinnern.

Ta im April 1908 die zurzeit in Charlottenburg gezahlte Feuerungszulage abläuft, haben fast alle städtischen Arbeiter dem Magistrat eine Forderung auf Erhöhung der Löhne eingereicht. Es fanden für alle in Frage kommenden Gruppen Betriebs- und Vertikalsprechungen statt, in denen die Kollegen ihre Wünsche einheitlich zum Ausdruck brachten.

Eine alte Forderung der Kollegen der Gaswerke wurde noch in letzter Stunde des alten Jahres erfüllt. Nämlich die Lohnzahlung am Freitag.

Bei den Wahlen der Beisitzer des Vorstandes zur Betriebskrankenkasse der Gasanstalten wurden mit großer Majorität unsere Kandidaten gewählt. Hier zeigte sich so recht der einheitliche Geist der organisierten Arbeiter gegen den der unorganisierten.

Es fanden im Berichtsjahr zwei öffentliche Versammlungen, acht Mitgliederversammlungen, 36 Betriebsbesprechungen und 47 Sitzungen des Vorstandes und der Vertrauensmänner statt. Im schriftlichen Verkehr sind 41 Eingänge und 27 Ausgänge zu verzeichnen.

Für das neue Jahr wurden folgende Kollegen in den Sektionsvorstand gewählt: Otto Färber, Wilhelm Zabel. Für die erweiterte Verwaltung: Heinrich Kropf und Bernhard Lichtenberg. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell Heinrich Kropf und Otto Schmidt.

Da in Charlottenburg noch für unsere Organisation ein großes Feld zu beackern ist, finden die Kollegen reiche Arbeit. Möge es ihnen gelingen, die Indifferenten zu unserer Fahne heranzuziehen. Dem Gleichgültigen aber zum neuen Jahr die Mahnung:

„Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, Vereinte Kräfte wird man niemals unterjochen!“

Brief aus Heilbronn.

Für die in den Heilbronner Betrieben beschäftigten Arbeiter hielt die Filiale Sektionsversammlungen ab, welche auch nicht unfruchtbar verliefen, indem eine Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Kollege Ziegler referierte über die in Vorbereitung der Stadtgemeinde bezüglich der Arbeitsordnung liegende Satzung. Nach langem Zögern hat endlich einmal die mit Arbeit „überlastete“ Stadtverwaltung Gelegenheit gefunden, auch für die Arbeiter eine Arbeitsordnung auszuarbeiten.

Tatsächlich müssen wir hier konstatieren daß es uns befremdet hat, es hätte an der Zeit gefehlt zur Ausarbeitung derselben, indem doch schon vor zwei Jahren eine derartige von Seiten der hiesigen Kollegen eingereicht wurde, zu welcher nur die Genehmigung des Gemeinderats erforderlich gewesen wäre.

Aber unsere wohlwollenden Stadtväter sind, so scheint es, arg engherzig und verbissen. Zuerst wurde am Anfang des Jahres 1907 der städtischen Arbeitern ein kleiner Notpfennig zum Ausgleich der Teuerungsverhältnisse zum üblichen Tagelohn gegeben. Dann wurde die ganze Bürgerschaft mit so großen Zahlen gepöbelt, als könnte jetzt der städtische Arbeiter am hiesigen Ort auf dem Tivan ausruhen und die besten Wahlzeiten genießen. Der Betrag von 25 000 Mk. jährlicher Mehrausgaben, welche der Stadtgemeinde zur Last fielen, ist im Verhältnis der Arbeiterzahl auf den einzelnen, prozentual umgerechnet, pro Stunde 1/3 Pf.! Stellt man diese Zahl gegenüber der rapiden Lebensmittelpreuerung, so ist es fast unbegreiflich, daß ein Arbeiter seiner Arbeit noch vorsehen kann.

Als die Unterbeamten der Stadt um Aufbesserung ihrer Zulage kamen, da ging es schneller, hier fand man eine Lohnstaffelung bis zum Höchstgehalt von 2500 Mk. Noch ein sehr rasches Tempo haben unsere Stadtväter bei den Beamtenvorlagen angeschlagen. Bei diesen fand Herr Oberbürgermeister Dr. Wöbel eine glatte Richtschnur für die Bürgerschaft. Es wurde eine Parallele gezogen gegenüber den Städten Ulm und Stuttgart, um der Bürgerschaft zu zeigen, daß die Beamtengehälter eine notwendige Aufbesserung bedürften.

Warum stellt man aber nur bei Beamten andere Städte in Vergleich? Bei den Arbeitern nimmt man den Grundsatz: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen!“ Wir sind der Meinung, wenn man noch Löhne findet wie in hiesiger Stadt mit 2,08 Mk. und sogar 1,60 Mk. und dazu 16 Jahre Dienstzeit, so muß sich ein noch halbwegs denkender Mensch sagen, daß hier Wandlung eintreten muß. Betrachten wir einmal die Sache vom sozialen Standpunkt aus, so hat eine Stadtverwaltung die moralische Pflicht, einen Arbeiter so zu bezahlen, daß er sein Heim und seinen Körper in den richtigen Stand halten kann. Betrachten wir speziell die Lage der Kiesgrubenarbeiter. Da werden den Arbeitern die seitherige Zulage von 20 Pf. pro Tag einfach entzogen, weil Herr Regierungsbaumeister Schleicher behauptet, die Arbeit sei keine so harte als das Paggern. Wir möchten Herrn Regierungsbaumeister Schleicher sehen, wenn er nur 8 Tage die Schaufel in die Hand nehmen müßte, um diese Arbeit zu verrichten!

Als unser Arbeiterauschussmitglied bei Herrn Pantat Hoppeler vorstellig würde in dieser Angelegenheit, erklärte derselbe, er wisse nichts davon, er werde nach der Sache sehen. Aber

leider ist bis heute noch keine Zulage, nicht einmal Antwort eingelaufen. Zudem sind wir der Meinung, daß in einer ersten Handelsstadt Württembergs es nicht vorkommen sollte, daß einem Arbeiter, der vorher nur 2,08 Mk. verdient, auch hieran noch gekürzt wird.

Wenden wir nun den Blick zur Latzinnenverwaltung, so sind die Zustände in diesem Betriebe durchaus nicht muster-gültig. Es wäre besser, der Herr Verwalter B. würde mehr Ein-sicht entfalten, anstatt den früheren Feldwebel herauszulehren. Dazu kommt, daß man den Arbeitern das Jahr über drei blaue Anzüge zur Verfügung stellt; aber erst einen weiteren seit unserer Ein-gabe. Die „Güte“ der Ware wollen wir nicht bloßstellen, weil man um den ausgelegten Preis nicht mehr verlangen kann!

Auch eine „Christliche“ Nächstenliebe ist zu verzeichnen, und zwar bei den Kehrweibern. Der Aufseher der Kehrweiber, ein „Christlich“ organisierter Arbeiter, schilaniert nämlich die armen Weiber, wie oftmals geklagt wird. Will eine Frau ihren alten Pfen umtauschen, so muß sie geradezu darum betteln. Und dabei sind die Besen nicht gerade von der besten Sorte, so daß die Frauen vielfach vorziehen, sich die Pfen selbst wieder zu kaufen, damit sie auch eine anständige Arbeit zu liefern imstande sind. Tiefes sollte die Kehrweiber aber doppelt veranlassen, sich dem Verbande anzugliedern, um diese Mißstände zu beseitigen.

N. 3.

Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Was ist unter einer „Woche“ im Sinne des Kranken-versicherungs-gesetzes zu verstehen? Nach dem Sprachgebrauch um-faßt eine Woche einen Zeitraum von sieben aufeinander folgenden Kalendertagen — Kalendertage — mithin im Regelfalle einen Sonntag und sechs Wochen- oder Werk-tage. Das gilt im all-gemeinen auch für das Krankenversicherungs-gesetz und namentlich für die in ihm vorkommenden Fristbestimmungen. Dagegen kommt dem Begriffe „Woche“ im Krankenversicherungs-gesetz eine andere, engere Auslegung zu, wenn es sich um die Bemessung der Dauer einer Beschäftigung handelt. Der Umstand, daß — abgesehen von gewissen Betrieben, in denen regelmäßig auch Sonntags gearbeitet wird — versicherungspflichtige Verrichtungen nur an Wochentagen vorgenommen werden, nötigt dazu, dem für die Versicherungspflicht einer Beschäftigung maßgebenden Zeitraum von einer Woche lediglich unter Berücksichtigung der Werktage zu bemessen und die Woche als „Arbeitswoche“, d. h. als eine Spanne von sechs aufeinander folgenden Wochentagen aufzufassen. Diese Ansicht findet auch im Gesetz selbst einen Anhalt. Nach § 6, Abs. 1, Ziffer 2 des Krankenversicherungs-gesetzes wird Krankengeld, vor-behaltenlich anderweitiger statutarischer Regelung, nur für jeden Arbeitstag gezahlt, obwohl in Absatz 2 die Unterhaltungs-dauer nach vollen Wochen normiert ist, und weiterhin werden die Ver-sicherungsbeiträge nach Maßgabe des Lohnes für jeden einzelnen Werktag entrichtet.

Das Reichversicherungsamt hat kürzlich entschieden, daß freiwillige Invalidenversicherungsbeiträge, die ein Dritter für einen Versicherten ohne dessen Zustimmung entrichtet, rechtswirksam sind, wenn der Versicherte die Entrichtung nachträglich ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt. In der betreffenden Entscheidung, die einen Fall betrifft, in denen ein Magistrat den Beitrag auf Armenrechnung geleistet hatte, be-tont das Amt ausdrücklich, daß die Auffassung des Schiedsgerichts, als sei die Weiterversicherung ein persönliches Recht des Ver-sicherten, das begrifflich nicht an Dritte ohne ausdrückliche Er-mächtigung ausgenutzt werden könne, rechtsirrtümlich sei.

Erfüllung der Wartzeit der Altersrentner. Altersrenten-anwärter, welche im Laufe dieses Jahres ihr 70. Lebensjahr voll-enden, haben in Beitragswochen nachzuweisen, wenn sie nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt waren:

- a) als Arbeiter, Gehulpen, Gesellen, Diensthofen, Handlungs-gehilfen, Betriebsbeamte 650—720 Beitragswochen
- b) als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation 640—680 Beitragswochen
- c) als Hausgewerbetreibende der Fertindustrie mit Versicherungs-pflicht vom Jahre 1894 534—574 Beitragswochen
- d) als Hausgewerbetreibende der Fertindustrie mit Versicherungs-pflicht vom Jahre 1893 480—520 Beitragswochen
- e) als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, G-feldschaffnerinnen, sonstige Ange-stellte, deren dienstliche Beschäfti-gung ihren Hauptberuf bildet und dergl. 320—360 Beitragswochen

Notizen für Gasarbeiter.

Bremen. Die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung“ schreibt: Fernzündler für Gaslaternen werden jetzt auch in Bremen immer mehr eingeführt. Das bisher übliche und auch jetzt noch in den meisten Stadtteilen Bremens angewendete umständliche Verfahren des Anzündens der Laternen, bei dem die Laternenanzünder von Straße zu Straße laufen, erfordert natur-gemäß viel Zeit. Und so kann man denn häufig genug wahr-nehmen, daß in manchen Straßen die Gaslaternen schon zu einer Zeit brennen, wo das große Himmelslicht die Beleuchtung der Stadt noch in ausreichendem Maße besorgt. Dabei wird natürlich im Laufe eines Jahres eine hübsche Menge Gas nutzlos verbraucht. Außerdem wird bei dem neuen Verfahren auch an Ausgaben für Lohn, der für die Arbeit des Anzündens gezahlt werden muß, gespart. Bietet dieses neue Verfahren somit für die Stadtver-waltung manchen Vorteil, so nimmt es einem Teil der Arbeiter gleichzeitig Arbeitsgelegenheit. So ist es fast immer. In der kapitalistischen Gesellschaft schlagen die technischen Verbesserungen in der Regel zu einem Nachteil für die Arbeiter aus. — Wir möchten dazu nur ergänzend bemerken, daß die gekennzeichnete Wirkung dieser technischen Neuerung leicht dadurch aufgehoben werden könnte, daß die überflüssig gewordenen Arbeiter in anderen städtischen Betrieben untergebracht werden. Besonders im Außenbetrieb der Gaswerke dürfte dazu gute Ge-legenheit sein. Öffentlich hat auch die Gasverwaltung in Bremen danach gehandelt.

Bremen. Infolge der großen Zunahme des Gasabfahes sind die Fabrikationsanlagen des Gaswerks fast am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Seit dem Jahre 1900 hat sich der Gasabfab mehr als verdoppelt, während die Jahresabgabe 1900 13 329 033 Kubikmeter betrug, wird der Abfab in diesem Ge-schäftsjahre, selbst wenn die Zunahme in der zweiten Hälfte nicht so erheblich bleiben sollte, als in der ersten, etwa 26 000 000 Kubik-meter betragen. Die höchste Tagesabgabe, die 1900 erst 58 480 Kubikmeter betrug, ist in diesem Jahre auf etwa 120 000 Kubik-meter zu schätzen. Da erfahrungsgemäß nach einer Ermäßigung des Gaspreises eine außerordentlich hohe Steigerung des Abfahes während der nächsten zwei Jahre eintritt, so wird sich die höchste Tagesabgabe des Betriebsjahres 1908 aller Voraussicht nach auf etwa 135 000—140 000 Kubikmeter belaufen. Einer gleich hohen Produktion würden die jetzigen Fabrikationsanlagen noch gerade gewachsen sein, da mit den dreißig Retortenöfen rund 100 000 Kubik-meter und mit der jetzigen Wassergasanlage 40 000 Kubikmeter Gas hergestellt werden können. Eine Reserve würde dann aber nicht mehr vorhanden sein, so daß bei der geringsten Störung im Betriebe die Aufrechterhaltung der Versorgung in Frage gestellt sein würde. Es ist deshalb notwendig, für eine Erweiterung der Anlagen zu sorgen, zumal die Retortenöfen, für die man im all-gemeinen nur eine Lebensdauer von 1000—1200 Betriebs-tagen rechnet, bereits jetzt durchschnittlich 1100 Tage im Feuer stehen, so daß leicht während der Hauptproduktionszeit des nächsten Winters größere Reparaturen notwendig werden können, die den Betrieb einzelner Lefen einzustellen zwingen. Die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke beantragt daher für die Erweiterung der Wassergasanlage 140 000 Mk., für die Vergrö-ßerung der Messelanlage 42 000 Mk., für einen Gasbehälter von 50 000 Kubikmeter Inhalt 160 000 Mk., für ein zweites Messelhaus in der Nähe der beiden Gasbehälter 29 000 Mk. und für Vergrö-ßerung der Akkumulatoren-batterie für Lichtzwecke 16 000 Mk., zu-sammen 600 000 Mk. zu bewilligen.

Speyer. Das städtische Gaswerk, dessen Voranschlag für 1908 in der Stadtratssitzung vom 30. Dezember beraten wurde, bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 287 230 Mk. Der Reingewinn für die Stadt ist auf 38 521 Mk. gegen 40 000 Mk. im Vorjahre festgesetzt. Derbeigeführt soll diese Minderung durch die erhöhten Ausgaben bei den Fenararbeitern (?) und durch die im Vorjahre seitens des Stadtrates gewünschten größeren Ab-schreibungen sein. Die Einnahmen aus der Meterbefonds betragen 53 788,90 Mk., die Ausgaben 50 000 Mk., der Ueberschuß demnach 3 788,90 Mk. Der Meterbefonds wird am Schluß des Jahres 32 000 Mk. betragen, im Jahre 1908 sollen davon 15 000 Mk. auf außerordentliche Ersatzentlastung verwendet werden. Der Gas-preis wird auch für den Monat September gleich den Sommer-monaten auf 12 Pf. festgesetzt. Der Antrag, die Position „Erlös aus Nebenprodukten“, die mit 70 000 Mk. eingebracht zu werden, fand keine Zustimmung. Das Gehalt des Direktors wird von 3000 auf 3200 Mk., des Buchhalters von 1800 auf 2000 Mk., des Schreib-gehilfen von 150 auf 170 Mk., des Vorarbeiters von 1050 auf 1100 Mk. erhöht. Für die Fenararbeiter wird statt der jetzt zwölfstündigen die achtstündige Arbeitszeit eingeführt, ohne daß für die jetzt vorhandenen Arbeiter eine Lohnminderung eintritt. Hieran wird jedoch die Forderung geknüpft, daß auch im Winter die bisher den Fenararbeitern obliegenden Arbeiten von nur drei Mann verrichtet werden, daß dieselben während der acht-stündigen Arbeitszeit noch Beforgung der bezeichneten Arbeiten noch andere Arbeiten nach Anordnung verrichten und daß neu ein-zufüllende Fenararbeiter im ersten und zweiten Dienstoffjahre nur

einen Tagelohn von 4,20 Mk. erhalten. (Da scheint ja wieder einmal gehörig auf Kosten der Arbeiterkassen „gespart“ zu werden! D. M.) Der Kredit hierfür ist von 26.000 auf 28.000 Mk. erhöht. Trotz der von gewisser Seite hierüber geäußerten Bedenken stimmte der Stadtrat der Erhöhung zu. Damit ist der Vorschlag genehmigt.

Aus den Stadtparlamenten.

Leipzig. Folgende Bestimmungen hat die Stadt Leipzig für die städtischen Arbeiter getroffen: Für alle Arbeiter zahlt der Rat die vollen Beiträge zur Ortskassenkasse, ohne den Arbeitern Zweidrittel der Beiträge vom Lohne abzuziehen. In Krankheitsfällen wird den Arbeitern, die für jemand zu sorgen haben, auf Ansuchen bis zu sechs Wochen 80 Proz., nach zehnjähriger Dienstzeit 100 Prozent ihres Lohnes unter Abzug des Krankengeldes gewährt. Erfolgt nach sechs Wochen eine Genesung, so kann die Weiterzahlung bis zum Ablauf des Anspruchs auf Krankengeld durch Arbeitsbeschäftigung verfügt werden. Allen zu Militärübungen einberufenen Arbeitern wird auf Ansuchen 80 Proz. ihres Lohnes ohne Abzug gewährt.

Flauen i. P. Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm folgenden Antrag einstimmig an: „Der Stadtgemeinderat wolle wegen der Lohnfortzahlung an Arbeiter in städtischen Betrieben bei deren Einberufung zu Friedensübungen grundsätzlich sein Einverständnis damit erklären, daß an Arbeiter, die wenigstens ein Jahr lang bei der Stadtgemeinde beschäftigt sind, a) wenn sie verheiratet sind, einschließlich der nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 zu gewährenden Familienunterstützung 75 Proz., b) wenn sie unverheiratet sind, 30 Proz. ihres zuletzt bezogenen Lohnes auf die Dauer der Übung als Unterübung ausgezahlt werde.“

Spanbau. In einer der letzten Sitzungen wurde eine Kommission gewählt, die sich mit der Einrichtung von Arbeiterauschüssen für die städtischen Arbeiter zu beschäftigen hatte. Nachdem diese Kommission getagt und beschloffen hatte, diese Arbeiterauschüsse einzuführen, hat der Magistrat eine dahingehende Verlage gemacht und stimmte die Versammlung derselben zu.

Aus den Gemeinden.

Halle a. S. Unsere Stadt beschäftigte im laufenden Jahr 611 Arbeiter, darunter 34 Frauen. 516 sind ständige Arbeiter, die anderen waren nur vorübergehend in städtischen Diensten. Die größte Zahl beschäftigten die Gas- und Wasserwerke, nämlich 304. Dann folgt das städtische Tiefbauamt mit 125, die Stadtgärtnerei mit 68, worunter neun gelernte Gärtner, die Straßenreinigung mit 61, das Elektrizitätswerk mit 51. Der Schlachthof zählte 29 städtische Arbeiter. Außerdem standen noch 65 Katasterwärter in städtischen Diensten, von denen 59 eine Vergütung von 500 Mk., fünf jährlich 248 Mk. und einer jährlich 578 Mk. erhielten.

Aus unserer Bewegung.

Hant. Eine außerordentliche Versammlung unseres Verbandes fand am 2. Januar abends zu Heppens statt. Der Referent, Kollege Richter-Hannover, referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben. Meiner wie einleitend nach, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben im allgemeinen hinter diejenigen in der Privatindustrie stehen, trotzdem doch die Staatsbetriebe „Musteranstalten“ sein sollten. Musteranstalten seien sie nur in bezug auf militärischen Ernst und Anstand. Demgegenüber zeigt man den Arbeitern mit Vorliebe die sogenannten Wohltätigkeitsanstalten, die den Zweck haben, die Arbeiter an die Betriebe zu fesseln. Bei der Post und der Eisenbahn seien die Löhne zum Teil so niedrig, daß die Arbeiter zu strafbaren Handlungen geradezu genötigt werden, um ihr und ihrer Familie Leben erhalten zu können. Die Arbeiter dürfen sich nicht abhalten lassen, der Organisation beizutreten. Der § 152 der deutschen Reichsarbeitverordnungen garantiert jedem Arbeiter das Streikrecht. Gerade weil in der Privatindustrie die Arbeiter dank ihrer guten Organisation höhere Löhne errichten, müßten auch die Staatsbetriebe in letzter Zeit ein wenig folgen, um nicht ihre Arbeiter, ohne welche auch die Staatsbetriebe nicht bestehen können, zu verlieren. Wenn die Arbeiter die Augen aufmachen wollten, so müßten sie sehen, welche wirtschaftlichen, körperlichen und geistigen Unterschiede zwischen ihnen und den Kapitalisten sind. Meiner kritisierte dann im besonderen die geringen Rindestlöhne, die auch hier im Staatsbetrieb vorzuliegen sind, ferner die verlorne Winterarbeitszeit mit Lohnabzug und das Militär-Regiment von gewissen Beamten. Das alles könne beseitigt werden durch die stramme Organisation. Aber lediglich infolge der Reichheit der Arbeiter bestanden die Mißstände fort. Daher müßten alle Staatsarbeiter aufgestellt und den Gewerkschaften zugeführt werden. Nur dadurch gewinnen die Arbeiter bei den Unternehmern und bei den Vorgesetzten an Achtung. Wer sich und seiner Familie einen Dienst erwirken wolle, der müsse

der Organisation beitreten. Dann werden auch die Staatsbetriebe nicht mehr der Hemmschuh in der Arbeiterbewegung sein. — Ueber „Neben der Organisation“ sprach dann der Kollege Götte-Hant. An der Hand von amtlichem Material wies Meiner nach, wie unendlich traurig die Arbeiter in den Bekleidungsämtern, Artillerie- und Mindepots noch entlohnt werden. Die Ursachen von den bedauerlichen Unglücksfällen liegen zum Teil in der traurigen Entlohnung und den übermäßigen Anstrengungen. Je höher und besser der Beamte und der Arbeiter bezahlt wird, um so menschenwürdigeres Arbeitsverhältnis habe er gewöhnlich. Jeder Arbeiter sollte daher einsehen, daß die jetzigen Zustände unhaltbar sind. Ebenso wie in anderen Gewerkschaften nach und nach die Verhältnisse besser würden, je mehr sich die Berufsangehörigen organisierten, ebenso werde Schritt für Schritt auch in den Staatsbetrieben Besserung eintreten und es werden die Mißstände beseitigt werden, je mehr die Organisation hier zunimmt und mächtiger wird. Die Meise, die im Anzuge ist, werde schwer auf der Arbeiterschaft lasten und die Schatzmacher werden diese für die Arbeiter ungünstige Zeit ausnützen und versuchen, einen großen Schlag gegen sie zu führen. Dagegen werde sich die gesamte Arbeiterschaft wie ein Mann zu erheben wissen, und auch die unorganisierten Arbeiter dürfen dabei nicht müßig am Wege stehen bleiben, sie können nichts verlieren, sondern nur gewinnen. Darum sei es Pflicht jeden Arbeiters, sich zu organisieren, dann möge das Unternehmertum im Verein mit den Behörden und dem Gesetz den Schlag riskieren. Die Arbeiterschaft werde ihn parieren können. — In der Diskussion wurde zunächst die Hungerlöhne in dem Post- und Eisenbahnbetriebe kritisiert, trotzdem diese Betriebe doch so gewaltige Heberbüsse abwerfen. Anstatt ferner zu Weinachten den arbeitslosen Steuerzahlern und Familienvätern einen kleinen Verdienst zutommen zu lassen, werden Militärpersonen beschäftigt. Hier am Ort unterstütze der Staat auch die wertvollenswerte Heimarbeit, trotzdem es doch gut möglich sei, die bedürftigen Frauen und Witwen in einer Werkstatt zu beschäftigen und ihnen die Maschinen zu stellen. In Kiel seien die Arbeiter im kaiserlichen Bekleidungsamt sämtlich organisiert, und dort würden die Wünsche der Arbeiter auch berücksichtigt. Hier wurde aber schon immer von den Frauen und Mädchen in der Heimindustrie geklagt, ohne daß ihnen Gehör geschenkt werde. — In seinem Schlußworte appellierte der Referent noch einmal an die Einigkeit der Arbeiter. Jeder möge zum Ausbau und zur Stärkung der Organisation beitragen, dann wird auch für die Staatsarbeiter eine bessere Zukunft eintreten.

Berlin. Die Sektion „Englische Gasanstalten“ hielt am Montag, den 6. Januar, bei Gleising ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Polenske gab den Jahresbericht der Leitung. Als bedeutendster Erfolg des Berichtsjahres ist die allgemeine Durchführung des achtwöchigen Schichtwechsels für die Parierarbeiter, Gasämter und Heizer sowie die Einführung des Neunhunderttages für alle übrigen Arbeiter der Zonen- und Außenbetriebe zu verzeichnen. Ziehen wir in Betracht, daß die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit im Spätherbst 1906 erstmalig in den Englischen Gasanstalten erhoben wurde und daß nach zirka 1½ Jahren unsere Forderungen in vollem Umfange erfüllt wurden, so können wir mit dem Resultat dieser Bewegung vollumfänglich zufrieden sein. Als weiterer Erfolg des Jahres ist zu verzeichnen, daß für die Mohrlager am 1. Juli der Anfangslohn von 4,20 Mk. auf 4,50 Mk. erhöht wurde. In Mariendorf wurde für eine Kategorie von Kollegen, entsprechend ihren Anträgen, der Lohn um 50 Pf. pro Tag erhöht. In der Februaraktion der Arbeiterauschüsse gelangte ein Antrag der Außenbetriebe zur Annahme, wonach bei den Arbeiten an Zuleitungen und Steigleitungen ein Zuschlag von 25 Pf. pro Tag zu gewähren sei. Um die Durchführung dieses Beschlusses hat sich die Verwaltung bisher leider herumgedrückt. Auch bezüglich der Einhaltung der Kohlstal- und Staffeln für Mohrlager und Aufsicher bedurfte es mehrmals des Einwirkens der Ausschussmitglieder, um die Direktion zur Einhaltung der versprochenen Sätze zu veranlassen. Besonders Herr Inspektor Mehlkopf glaubte hier nach Belieben Regen und Sonnenschein verteilen zu können. Von Anträgen größerer Tragweite ist der Antrag auf Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zu erwähnen. Hierbei ging der oft gehönte Anspruch der Direktion: „Was die Stadt Berlin bewilligt, bewilligen wir auch“ sämtlich in die Brüche. Bei der Beratung dieses Antrages machte die Direktion die Entdeckung, daß sich die Durchführung dieser Sache bei der Stadt Berlin nicht bewähren habe. Wir wissen nicht, woher die Direktion diese Ursache hat. Weder die städtischen Verwaltungen noch die Arbeiter haben sich dahingehend geäußert. Im Gegenteil. Es steht zu erwarten, daß diese Bestimmungen noch eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Antwort der Direktion stellt sich nur als eine Verlegenheitsphrase dar, um über den ihr unangenehmen Antrag hinwegzukommen. Besonders eingehend beschäftigten sich die Kollegen mit einer Bekanntmachung der Direktion, wonach nach zehnjähriger Dienstzeit den Arbeitern oder deren Witwen im Invaliden- oder Todesfall eine Pension in Aussicht gestellt wurde. Die Kollegen standen und stehen noch dieser Einrichtung sehr skeptisch gegenüber. Und mit Recht. Die Verwaltung hat es sich vorbehalten, von Fall zu Fall zu entscheiden, wer dieser Wohltat würdig sei. Eine Anfrage der Arbeiterschaft um Auskunft über nähere Bestimmungen ist

is zum heutigen Tage unbeantwortet geblieben. Wie diese Pension aber in Wirklichkeit aussieht, sehen wir daraus, daß die Direction in den meisten Fällen sich der Pensionberechtigten dadurch entledigt, daß sie denselben eine einmalige Abfindung gewährt, die ungefähr die Höhe einer Jahrespension ausmacht, welche häusliche Arbeiter in derartigen Fällen zu erhalten pflegen. Die Verwaltung hat dabei noch den Vorteil, diejenigen Arbeiter, die ihre besten Kräfte der Anstalt opferten, dann minderleistungsfähig werden, auf eine billige Weise los zu werden. Das System der Abfindung, aus jedem Arbeiter die höchste Leistung herauszupressen, laßt aus jeder Blume, in diesem Fall aus jeder sogenannten Wohlfahrtseinrichtung, den Honig, d. h. nur Vorteile für die Aktionäre. Daß die Verwaltung nach dem bekannten Rezept „Zuckerbrot und Peitsche“ die Arbeiter behandelt, zeigen auch einige Fälle besonders krasser Maßregelungen. In Mariendorf, wo der humane und liberale Herr Bohmer regiert, wurden zwei unserer Vertrauensleute, Familienväter, die Kollegen Looß und Schuster, unter den wichtigsten Gründen aufs Pfahle gesetzt. Der Versuch, die Maßregelungen rückgängig zu machen, scheiterte zum Teil daran, daß in Mariendorf in letzter Zeit unter den Kollegen eine große Klause Platz gegriffen hat. Große Enttäuschung rief es im Oktober unter den Kollegen hervor, daß die Verwaltung 21 Arbeiter als Streikbrecher nach Mailand beorderte. In mehreren Versammlungen nahm die Kollegenschaft in schärfster Form hierzu Stellung und brachte den italienischen Arbeitsbrüder die vollste Sympathie der Arbeiter der enalischen Gasanstalten zum Ausdruck. Neu eingeführt hat die Verwaltung zur Erregung von Wochenlöhnen. Diese Forderung wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis wir sie durchgesetzt haben. Die Bewegung im vorstehenden Jahre war eine ziemlich lebhaft. Es fanden im Berichtsjahre statt 2 öffentliche Versammlungen, 3 Sektionsversammlungen, 141 Betriebsversammlungen und Besprechungen, 6 Leitungsversammlungen, 11 Vertrauensmännerversammlungen, 4 Ausschüßversammlungen. Insgesamt 179 Veranstaltungen. An Aufnahmen waren 457 zu verzeichnen. Die Organisation hat nun zweifellos gegen das Vorjahr gebessert, doch bleibt allenthalben noch Arbeit in Hülle und Fülle. — Die Neuwahlen für die Leitung hatten folgendes Ergebnis: Paul Biedermann, Schönberg, Paul Müller, Ankenbittel, Adolf Polikowski, Gitschinerstraße, Ferdinand Bachmüller, Mariendorf, und Karl Polenske. Als Mitglieder der „Erweiterten Verwaltung“ wurden gewählt die Kollegen A. Preuzlow, G. Mehlig, W. Stenzel, R. Merting und Ab. Dahms. Den Bericht des Rechnungskomitees gab Fr. Sareyke. Der Bestand der Kasse beträgt 103,00 Mk. Die Versammlung beschloß, den in nächster Zeit stattfindenden Betriebsbesprechungen zu empfehlen, den Antrag auf Zahlung von Wochenlöhnen wieder zu erheben und die Arbeiterausschüsse mit der Einbringung dieser Forderung zu beauftragen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und Mitteilungen und einem Hinweis auf die bevorstehende Wahlrechtsbewegung schloß die Versammlung.

Berlin. Am 6. Januar hielten die Desinfektoren Berlin ihre erste Versammlung im neuen Jahre ab. Der Geschäftsbericht, welchen Kollege Hermann gab, zeigte, daß trotz unermüdlicher Arbeit der Vertrauensleute die Mitgliederzahl sich im Jahre 1907 um 5 verringert hat. Allseitig wurde bedauert, daß ein erheblicher Teil der Desinfektoren noch ziemlich weit vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung entfernt ist. Aber auch diese werden mit der Zeit die Notwendigkeit der Organisation einsehen. Recht drastisch vor Augen geführt wurde ihnen, wie wenig Rücksicht der Magistrat von Berlin auf ihre Wünsche nimmt, und zwar durch die Antwort auf ihre letzte Eingabe. Dieselbe lautet:

„Die Eingabe vom Oktober d. J. um Neuregelung der Lohnsätze lehnen wir ab.
Den Mitunterzeichnern der Petition wollen Sie hiervon Mitteilung machen.“

Schramm! Was fordern denn die Desinfektoren überhaupt? Der Neueintretende während der Probezeit pro Tag 3,75 Mk. Nach abgelafter Prüfung monatlich 120 Mk., steigend von 2 zu 2 Jahren um 10 Mk. bis zum Höchstlohn von 150 Mk. Demer sollen die zurückgelegten Dienstjahre in Anrechnung gebracht werden. Niemand wird behaupten können, daß diese Forderungen auch nur im mindesten über das unter den heutigen Lebensverhältnissen notwendige hinausgehen. Aber es ist schon so, wie der Amtaltdirektor bei der Erörterung der Forderungen sagte: Die Forderungen gingen nur von einer kleinen Gruppe aus. Die Behörde nimmt also an, daß die Mehrheit der Desinfektoren mit den jetzigen Verhältnissen zufrieden ist! Allem Anschein nach ist es aber in der Tat nicht so, denn nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen. (Nicht die bis jetzt nicht organisierten Kollegen stimmten dafür: „Die am 6. Januar bei Grabert versammelten städtischen Desinfektoren nahmen Kenntnis von der obliegenden Antwort des Herrn Oberbürgermeisters Michsener auf ihre Eingabe um Neuregelung der Lohnsätze. Sie bedauern die hierbei sich wieder zeigende unbillige Haltung des Berliner Magistrats und erwarten von der Stadtverordnetenversammlung, daß sie den minimalen Forderungen der Desinfektoren noch nach-

träglich zustimmt. Außerdem verprechen die Versammelten unermüdlich für die Organisation der städtischen Arbeiter zu wirken.“ — Öffentlich handeln nun auch sämtliche Kollegen danach und geben dem Amtaltdirektor nicht mehr Gelegenheit, von einer kleinen Gruppe zu sprechen, welche die Interessen der Desinfektoren vertritt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, welchem allseitig der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen wurde. Der Vorsitzende forderte zum Schluß noch zur regen Anteilnahme an den am 11. und 25. Januar und 11. März stattfindenden Maskenfesten der Jüliale auf.

Wien a. N. Eine Versammlung der städtischen Tiefbauarbeiter fand am 6. Januar im „Volkshaus“ statt. Gauleiter Schäfer referierte über das Thema: „Warum erhalten die Tiefbauarbeiter nicht die ihnen zuzehende Lohnzulage?“ Er führte aus, daß am 1. Dezember 1906 ein neuer Tarif für die städtischen Arbeiter in Kraft getreten wäre, der von der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Ertober desselben Jahres beschlossen wurde. Der „Lokal-Anzeiger“ kündigte den Lohntarif vor der Beschlußfassung an und schrieb hinsichtlich der Uebergangsbestimmungen: „Damit diejenigen Arbeiter, die bereits längere Jahre im städtischen Dienst stehen, ohne den Höchstlohn erreicht zu haben, denselben möglichst erhalten, sollen denselben bis zur Erreichung des Höchstlohnes an den Lohnsteigerungsterminen drei Lohnzulagen statt einer gewährt werden.“ — In den Ausführungsbestimmungen zu dem Lohntarif, die man den Tiefbauarbeitern eingehändigt hat, heißt es ausdrücklich: „Der Arbeiter wird in demselben Verhältnis, in dem sein Lohn nach den alten Lohntarifen zwischen Anfangs- und Höchstlohn stand, mit dem neuen Lohn in den neuen Lohntarif eingestellt. Ergibt dieser rechnungsmäßig festgestellte Lohn, daß der Arbeiter mehr wie drei Lohnsteigerungssätze gegenüber seinem bisherigen Lohn erhalten wird, so ist die Lohnsteigerung in der Weise durchzuführen, daß der Arbeiter zunächst am 1. Dezember 1906 eine dreifache Lohnzulage erhält und an jedem 1. Dezember der folgenden Jahre eine dreifache Zulage, bis er seinen ihm dann zustehenden rechnungsmäßigen Lohn erreicht hat.“ — Trotz dieser klaren Fassung des Lohntarifs gefühlte es der Verwaltung des Tiefbauamtes, im Gegensatz zu den übrigen städtischen Dienststellen, diese Bestimmungen zu übergehen. Ohne Unterschied des Dienstalters hat sie bereits im vorigen Jahre nur zehn Pfennig Lohnzulage gewährt, und bei dem letzten Lohnsteigerungstermin wiederholte sie dieses Spiel. Alte Leute, denen man am 1. Dezember 1906 30 Pf. Lohnzulage zugestanden hat, erhielten damals nur 10 Pf. und jetzt wieder einen ganzen Groschen. Alle Einwendungen und Eingaben der Arbeiter konnten die Sache nicht ändern. Baurat Steuernagel hält an der Großenzulage fest, obgleich er es war, der den Arbeitern die Bestimmungen in die Hand drückte, wonach sie drei Lohnzulagen zu beanspruchen haben. So etwas kann eben nur in einem städtischen Betriebe möglich sein. Es liegt eine Eingabe von vier Arbeitern vor, die zusammen im letzten Jahre 740 Mk. zu wenig an Lohn bekommen haben. Darunter befindet sich ein Arbeiter mit 22 Jahren Dienstzeit, der nun fast, trotz zweimaliger Lohnerhöhung, noch nicht den Höchstlohn erreicht hat, obgleich er denselben bereits am 1. Dezember 1906 erreicht haben müßte. Für das Tiefbauamt seien 4177 Mk. für Lohnerhöhungen bewilligt worden. Bei 300 Arbeiter und einer jedesmaligen Lohnzulage von 10 Pf. würden aber nur 9000 Mk. gebraucht, würden die Bestimmungen des Lohntarifs nicht auch endlich auf die Tiefbauarbeiter in Anwendung gebracht, so würde also der für das Tiefbauamt angelegte Betrag für 3½ Jahre anstatt für 1 Jahr reichen. Es müßte die Frage aufgeworfen werden, was mit den Eingaben der Arbeiter vom Dezember 1906 geschehen sei. Zu Händen des Oberbürgermeisters oder der sozialpolitischen Deputation könnten sie unmöglich gelangt sein, denn diese Stellen kennen doch nicht einen Lohntarif die Ertragsberechtigung abhören, den sie selbst geschaffen haben. Die Erregung unter den Arbeitern über diese Beugung des Rechts ist sehr groß. Selbst bis in die Reihen der Beamten ergab die Behandlung der Arbeiter Störbüchlein. Auch Baurat Steuernagel hätte zugegeben, daß die alten Leute zurückgesetzt seien, aber ändern könne er es nicht. Zu all dem kommt nun noch, daß die Verwaltung für den angelegten Mindestlohn von 3,25 Mk. keine geeigneten Arbeitskräfte bekommen könnte, weshalb sie weit mehr, als im Tarif vorgesehen, zu zahlen genötigt sei. Die Zurücklegung der älteren Arbeiter trete dadurch nur noch mehr hervor. Weiter aber würde dadurch von Seiten der Verwaltung der Beweis erbracht, daß die 1906 geschaffenen Lohnbestimmungen nicht ausreichend seien, um so mehr hätte man alle Veranlassung, wenigstens das, was der Lohntarif brachte, den Arbeitern auch zu gewähren. Die Arbeiter des Tiefbauamtes müßten gegen die Vergeßlichkeit ihres Lohntarifs Protest einlegen. — In der Debatte wurde schließlich, daß nicht bekannt sei, daß ein Arbeiter eine dreifache Lohnzulage erhalten habe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, am 6. Januar 1908, stattfindende Betriebsversammlung der Arbeiter des städtischen Tiefbauamtes protestiert entschieden gegen die von Seiten der Verwaltung des Tiefbauamtes belohnte Art der Wahrung des Lohntarifs vom 1. Dezember 1906. Sie erklärt, daß, wenn anders nicht der Lohntarif und seine Aus-

nitiv angestellt. Der Minimallohn beträgt 4,50 Franken, der Maximallohn 8,20 Franken. In den ersten 5 Dienstjahren tritt alljährlich eine Lohnerhöhung um je 30 Rp. pro Tag ein, in einigen Fällen allerdings nur von 10 Rp. Am siebenten und neunten Dienstjahr erfolgen abermalige Lohnerhöhungen. Mit dem 1. Januar wurden die Löhne um 30 Rp. täglich erhöht, nachdem schon im verfloßenen Jahre eine Erhöhung als Teuerungszulage bewilligt worden war. Bei ordentlichem Militärdienst wird der volle, bei außerordentlichem der halbe Lohn fortbezahlt. Die bezahlten Feiertage betragen nach den ersten zwei Dienstjahren 4, nach sechs Jahren 6 und nach zehn Jahren 12 Tage. In Betracht kommen zirka 450 Mann. Die neue Arbeitsordnung bringt ihnen einige erhebliche Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse.

Schweiz. (Genf.) Die städtischen Arbeiter wenden sich mit einer Petition an die Stadtbehörden. Sie verlangen eine Erhöhung der Arbeitslöhne aller Kategorien um 10 Proz., doch nur bis zu einem Maximaljahreslohn von 2000 Franken für die Seizer am Gaswerk ohne dies. Einschränkung, sowie einen Minimaltagelohn von 5 Franken.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Züdekum. Verlag: Puchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Vindensstraße 69. Nr. 2 und 3. Vierteljährlich nur 3.- M. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 14 und 15. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 8,25 M.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 1 des 14. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,90 M.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 1. 25. Jahrgang. Preis der Nr. 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Reimer, Berlin. Nr. 4 des 13. Jahrgangs.

„So denken Aerzte und gebildete Laien über Serum und Impfung.“ Neuere Tatsachen und Urteile über den Unwert der Schutzpockenimpfung und Serumtherapie. Gesammelt, mit Quellenangabe belegt und herausgegeben von Walter Kose. Gegen Entsendung von 50 Pf. vom Deutschen Bunde der Impfbegner, Berlin S. 59, Camphausenstr. 1 III, zu beziehen.

Schnittung der Hauptkasse.

Im Monat Dezember gingen folgende Gelder an Beiträgen ein: Für das 4. Quartal 1907: Augsburg 19,25 M., Freiberg i. S. 61,40 M., Fürstenthal a. Spree 77,50 M., Gera (A. j. L.) 195,33 M., Hamburg 398,10 M., Leipzig 500.- M., Mainz 350.- M., Spandau 121,40 M., Stuttgart 375,02 M., Zittau 100.- M., Zwickau 67,02 M.

Für Protokolle: Breslau 7,10 M., Freiberg i. S. 0,40 M., Gera (A. j. L.) 1,20 M., Plauen 9.- M., Spandau 2,90 M.

Für Kalender: Breslau 3,20 M., Eldenburg 3,60 M., Plauen 6,40 M., Stuttgart 41,20 M.

Für Mitgliedsbücher: Futterale: Fürstenthal an der Spree 3.- M., Gera (A. j. L.) 5.- M., Schweinfurt 4.- M., Spandau 6.- M., Zwickau 2,60 M.

Ferner gingen ein: Zinsen 40.- M., Heilbrom für Handzettel 11.- M., Kartell Bant-Wilhelmsbaven zur Gasarbeiter-Ausperrung 2.- M., Einzelne Nummern der Gewerkschaft 0,35 M.

Von den Einzelmitgliedern:

Nr. 30 151	4,55 M.	Nr. 31 745	3,85 M.	Nr. 34 193	3,50 M.
" 30 159	4,55 "	" 31 751	1,40 "	" 34 194	3,25 "
" 30 167	7.- "	" 31 755	3,50 "	" 34 195	5,05 "
" 30 177	4,90 "	" 31 758	4,55 "	" 34 196	3,90 "
" 30 179	4,55 "	" 31 765	1,75 "	" 34 197	5,05 "
" 30 194	3,50 "	" 31 768	2,40 "	" 34 198	3,25 "
" 31 712	4,20 "	" 31 769	4.- "	" 34 200	3,50 "
" 31 715	3,50 "	" 31 772	2,25 "	" 34 202	5,05 "
" 31 727	3,50 "	" 31 773	3,50 "	" 34 203	3,50 "
" 31 732	1,75 "	" 31 778	3,50 "	" 34 204	4,70 "
" 31 736	4,90 "	" 31 787	4,20 "	Einzelmitgl.	
" 31 737	3,50 "	" 31 976	2,90 "	Gesamt 17,15	

Summa 140.- M.

G. W. Mann, Hauptkassierer.

Um Rückfragen zu vermeiden, bitte ich, bei Geldsendungen stets anzugeben, wofür der Betrag ist. E. E.

Verlag: In Kommission des Verlags der Gewerbe- und Staatsarbeiter in Regensburg, Reichsstraße 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Veriamlungskalender

Fürstenthal. Sonnabend, den 18. Januar 1908, abends 8 Uhr Mitglieder-Verammlung im Lokale des Herrn Schön. Referent: Wilhelm Wegfahrt-Darmen. Der Vorstand.

Totenliste des Verbandes.

Albert Hezel, Stuttgart † 2. Januar 1908 im Alter von 42 Jahren.
Mathias Buchter, Freiburg † 6. Januar 1908 im Alter von 63 Jahren.
Adam Reichert, Straßburg † 7. Januar 1908 im Alter von 49 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 —————
Zahlstelle Dresden.
 —————

Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr

General-Verammlung

im Saale des Volkshauses, Nixenbergrstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1907.
2. Neuwahl der Filialverwaltung und der Kartelldelegierten.
3. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Arbeiter der Englischen Gasanstalten Berlins und Umgegend!

Mittwoch, den 22. Januar, abends pünktlich 8 Uhr

Große öffentl. Versammlung

im großen Saale der „Neuen Arminiahallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Warum fordern wir Wochenlöhne?
2. Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Durch die Filialleitungen zu beziehen:

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

zum Preise von 50 Pfg.

Umfang und Inhalt sind gegen das Vorjahr bedeutend erweitert. Er bietet, neben dem allgemeinen Zeitkalender, Tabellen zu statistischen Aufnahmen, Terminen über Ausstellungen und Beendigung der Schulen, dem 4- und 8-tägigen, und über die deutsche Arbeiterversammlung, die beiden Gewerkschaften, sowie das Vereins- und Parteiprogramm. Ferner ist in ihm enthalten eine Übersicht über die wichtigsten Anlässe von der höchsten Arbeiterversammlung und eine Darstellung über die Arbeitslosigkeit der Arbeiter in den verschiedenen Ländern. Der Notiz-Kalender ist also ein gutes Nachschlagewerk für unsere Kollegen. Bestellungen erbiten mit umgehender an die Filialleitungen.

Der Verbandsvorstand.